

Feministische Außenpolitik - Menschliche (Un)Sicherheit als Leitmotiv deutschen außenpolitischen Handelns

Ein Beitrag von Leonie Hopgood und Helena Lürer, Programmleitungen von "Gender und Internationale Politik" von Polis180

Mit der Festlegung eines feministischen außenpolitischen Ansatzes im Koalitionsvertrag hat die Ampel-Regierungskoalition ein Novum geschaffen. Zum ersten Mal hat sich ein Politikfeld einer deutschen Bundesregierung einer feministischen Herangehensweise verschrieben - eine Entscheidung, die Raum für politische Innovation öffnet.

In seinen theoretischen Grundsätzen zielt der Feminismus darauf ab, vermeintlich natürliche Strukturen von gesellschaftlicher Macht zu hinterfragen und zu dekonstruieren. In unserer Gesellschaft präsentieren sich diese Machtstrukturen vorrangig als patriarchal, (definiert vom männlichen Subjekt und dessen Lebensrealitäten und Bedürfnissen) rassistisch (definiert von sozial-konstruierter Abwertung von Gruppen aufgrund von vermeintlichen kulturellen Merkmalen) und heteronormativ (definiert von der gesellschaftlichen Dominanz von traditionellen heterosexuellen Lebensentwürfen). Diese Machtstrukturen führen zu Diskriminierungen in allen Lebenslagen, sei es wirtschaftlich, gesundheitlich oder rechtlich.

Durch die internationale Dimension der Außenpolitik sind diese Machtstrukturen und damit einhergehende Ungleichheiten verstärkt und überschneiden sich mit weiteren historischen Ungleichheiten, wie den Auswirkungen des Kolonialismus und starken Gefällen zwischen Ressourcen und Finanzen. Eine überzeugende Integration eines postkolonialen Ansatzes ist hierbei essenziell. Gerade deshalb ist die Außenpolitik ein geeignetes Politikfeld, um einen ersten feministischen Ansatz der Bundesregierung durchzuführen und diese Gefälle schrittweise zu schließen.

Folglich ist feministische Außenpolitik grundlegend systemkritisch. Sie hinterfragt Strukturen, die zu Diskriminierung führen und priorisiert menschliche Sicherheit über staatliche Interessen. Sie versteht, dass Krieg und Konflikte, die Klimakrise, Armut und viele andere Politikfelder strukturell unterschiedliche Auswirkungen auf verschiedene gesellschaftliche Gruppen haben und verfolgt eine Politik, die dem entgegenwirkt. **Feministische Außenpolitik setzt sich für menschliche Sicherheit ein, indem sie strukturelle Ursachen für Unsicherheit bekämpft.**

Der deutsche Fokus auf die Rechte, Repräsentation und Ressourcen (3Rs) von Frauen und der Zusatz des "D" für Diversität ist relevant, sollte jedoch nur als Teil des feministischen Ansatzes gesehen werden. Denn die Diskriminierung von Frauen in ihren Rechten, ihrer Repräsentation und ihrem Zugang zu Ressourcen ist das Produkt von gesellschaftlicher Ungleichheit und der damit einhergehenden Unsicherheit. Wenn feministische Außenpolitik ihr transformatives und innovatives Potential entfalten kann, hat sie die Möglichkeit, diese Unsicherheit in ihrem Kern zu bekämpfen. Das schließt folglich das "D" mit ein und inkludiert

auch marginalisierte Gruppen, die von rassistischen und neokolonialen Strukturen benachteiligt und bedroht sind.

Das Reframing von ungleichen Machtstrukturen als Quelle von Unsicherheit ist deshalb essenziell. Die Misogynie und der Rassismus, der vor allem durch das Patriarchat in unseren gesellschaftlichen Machtstrukturen verankert ist, ist eine überaus reale Sicherheitsbedrohung für viele Menschen weltweit. Sie wird von politischen Gruppen, besonders extremistischen und autoritären, genutzt, um ihre Macht zu zementieren und Grundwerte der Demokratie anzugreifen. Wenn es die Bundesregierung schafft, dieses System mit seiner feministischen Außenpolitik zu durchbrechen, kann dieser Politik der Nährboden entzogen werden.

Beispielhaft für zwei Politikfelder, in denen systematische Ungleichheit für menschliche Unsicherheit sorgt, sind die Migrationspolitik und globale sexuelle und reproduktive Rechte.

Feministische Migrationspolitik als Antwort auf rassistische Machtstrukturen

In kaum einem anderen Politikfeld sind die Auswirkungen von rassistischen und patriarchalen Machtstrukturen so sichtbar wie im Bereich der Migrationspolitik. Rassifizierte Menschen, Frauen, Kinder, LGBTQI+ und andere politische marginalisierte Gruppen leiden am meisten unter fehlenden sicheren und regulären Migrationswegen. Sie sind von geschlechtsspezifischer Gewalt in Herkunftsländern, Geflüchtetenlagern und Internierungslagern betroffen und werden durch Asylverfahren (re-)traumatisiert. Die aktuelle Migrationspolitik ist weder ansatzweise mit feministischen Standards, noch mit dem Grundrecht der Menschenwürde vereinbar und ist eine kontinuierliche Quelle für menschliche Unsicherheiten.

Die deutsche Bundesregierung muss **die Migrationspolitik als einen Schwerpunkt in den Leitlinien zur feministischen Außenpolitik aufnehmen**. Hierzu setzt sie sich insbesondere auf europäischer Ebene gegen die Kriminalisierung von Menschen auf der Flucht und für sichere und reguläre Migrationswege ein, beispielsweise durch einen verpflichtenden europaweiten Verteilmechanismus für ankommende Menschen und die Möglichkeit der Asylbeantragung in Drittstaaten. Sie überwindet menschliche Unsicherheit durch die Wiederaufnahme von staatlicher Seenotrettung und beendet die Behinderung und Kriminalisierung von ziviler Seenotrettung. Sogenannte Pushbacks sind aus feministischer Perspektive nicht vertretbar. In der Umsetzung müssen auch andere Ressorts, insbesondere das BMI, mit einbezogen und zum Handeln bewegt werden. Die aktuelle Bundesregierung darf hier nicht die Fehler der vorherigen Regierung wiederholen, als dem BMI im aktuellen dritten Nationalen Aktionsplan für die Umsetzung der Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit kaum Handlungsfelder zugewiesen wurden. Im Sinne einer kohärenten feministischen Außenpolitik müssen andere Ressorts in die Verantwortung genommen werden.¹

¹ Für ausführliche Empfehlungen für eine feministische Migrationspolitik, lesen Sie das E-Paper "[Annäherung an eine feministische Außenpolitik Deutschlands](#)" des Netzwerks 1325, dem Polis180 angehört, in dem ein Kapitel zu Flucht und Migration zu finden ist (Juli 2022).

Der globalen “Anti-Gender-Bewegung” entgegentreten

Eine weitere Quelle für menschliche Unsicherheit ist das Rollback der Rechte von Frauen und queeren Menschen durch systematische, misogynen Angriffe in der Politik. Frauen und LGBTQI+ Rechte werden in mehreren europäischen Ländern, wie Polen und Ungarn, massiv eingeschränkt und auch sexuelle und reproduktive Rechte geraten regelmäßig in das Visier von rechten Akteur*innen. Religiöser Extremismus führt in Teilen der USA zu massiven Einschränkungen beim Zugang zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen und öffnet durch die letzte verfassungsrechtliche Entscheidung die Tür für weiteren Abbau von zivilen Rechten. Anti-feministische Politik ist oft ein Vorreiter des systematischen Abbaus von progressiven Rechten und demokratischen Strukturen. **Eine feministische Außenpolitik positioniert sich deshalb frühzeitig auf internationaler Ebene klar zu LGBTQI+ Rechten und sexuellen und reproduktiven Rechten, inklusive dem Recht auf einen sicheren Schwangerschaftsabbruch.**

Bezüglich des Rechts auf einen sicheren Schwangerschaftsabbruch gibt es eine eklatante Leerstelle in der deutschen Bundesregierung. Das Auswärtige Amt sollte die aktuelle Diskussion im Inland um die Abschaffung von §219a nutzen, um sich auch auf internationaler Ebene zu positionieren und den Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen aktiv zu verteidigen.² Möchte feministische Außenpolitik die Unsicherheit von schwangeren Menschen mindern, ist dies essentiell. Jährlich sterben [39.000 Schwangere \(WHO\)](#) an einem unsicheren Schwangerschaftsabbruch, die Dunkelziffer liegt weitaus höher. Unsichere Schwangerschaftsabbrüche sind eine der Hauptursachen für Müttersterblichkeit und gleichzeitig wären diese Todesfälle fast vollständig vermeidbar. **Eine feministische Außenpolitik fördert gezielt Projekte und zivilgesellschaftliche Organisationen (beispielsweise in der Humanitären Hilfe), die sicheren Schwangerschaftsabbrüche anbieten und sich für den Zugang zu diesen einsetzen. Feministische Außenpolitik stellt sicher, dass Organisationen, die Förderung für SRGR Projekte erhalten, ungewollt Schwangere bei ihrer Entscheidung für einen Schwangerschaftsabbruch unterstützen.** Im Sinne der Politikkohärenz sollten zudem Bestrebungen für die vollständige Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen in Deutschland und die **Abschaffung von §218** vorangetrieben werden.

Das effektivste Mittel gegen die mächtige und wachsende anti-feministische Politik ist eine starke und resiliente Zivilgesellschaft weltweit. Viele Organisationen kämpfen kontinuierlich um Einfluss, Sichtbarkeit und Projektförderungen. Die wenigen Ressourcen und der hohe Anteil der ehrenamtlichen Arbeit der Organisationen trägt dazu bei, dass weniger privilegierte Gruppen, wie beispielsweise geflüchtete Frauen, keinen Zugang zu diesen Diskursen und somit faktisch auch keinen Einfluss auf die politischen Prozesse haben. **Eine feministische Außenpolitik unterstützt zivilgesellschaftliche, insbesondere auch kleinere, Organisationen gezielt finanziell und nutzt die Möglichkeit, von ihren (alltäglichen) Erfahrungen und Kenntnissen zu lernen. Mechanismen für institutionelle Förderungen für kleinere**

² Schweden und Kanada, die schon seit einiger Zeit eine feministische Außenpolitik bzw. Entwicklungspolitik verfolgen, haben sich in ihren Strategien zu FFP zu einem umfassenden Zugang zu SRGR bekannt und setzen sich explizit für den Zugang zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen ein.

Organisationen im In- und Ausland werden auch gemeinsam mit anderen Ressorts erarbeitet - denn oft sind es diese Initiativen und Bewegungen, die den Rückhalt unserer demokratischen Ordnung bilden.

Eine feministische Außenpolitik bietet die passenden Instrumente, um patriarchale, misogynen und neokoloniale politische Praxen zu entlarven und ihnen entgegenzuwirken. Sie fordert einen durchaus herausfordernden Systemwandel in der deutschen Außenpolitik. Dieser Wandel kann nur in Zusammenarbeit mit weiteren Staaten im internationalen System vollzogen werden. Wenn Deutschland diese kritischen Punkte im internationalen Raum überzeugend benennt und nachweislich politische Rahmenbedingungen für den Abbau von menschlicher Unsicherheit schafft, beweist die Bundesregierung politische Integrität. In einer Zeit der Neukalibrierung unseres Sicherheitskontextes hat eine konsequente feministische Außenpolitik Potenzial für authentische Umsetzung unserer Werte. Sie führt zu einer gerechteren und sicheren Welt für alle Menschen.

Über die Autorinnen:



Leonie Hoppood (sie/ihr) leitet seit Sommer 2020 ehrenamtlich das Programm Gender und Internationale Politik. Hauptberuflich leitet sie das Büro einer Bundestagsabgeordneten und ist wissenschaftliche Mitarbeiterin für den Auswärtigen Ausschuss. Sie hat einen Bachelor in European Studies und einen Master in Internationalen Beziehungen absolviert. Ihr Interesse gilt feministischer Außenpolitik, Gender in internationalen Organisationen und Maskulinitäten.



Helena Lüer (sie/ihr) leitet seit Anfang 2021 ehrenamtlich das Programm Gender und Internationale Politik. Sie hat einen Master in Internationale Studien und Friedens- und Konfliktforschung absolviert und arbeitet in der politischen Abteilung einer internationalen Nothilfeorganisation. Sie interessiert sich insbesondere für die Themen feministische Außenpolitik, postkoloniale Feminismen, sexuelle und reproduktive Rechte und Gender in der Extremismusprävention.